

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

7.9.1931 (No. 207)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangelegenheiten:
Chefredakteur
G. Kneub,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstag 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Quadrat Zentimeter. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabatt, der als Kassenarbeit gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Badische Gesandtschaft bei Preußen aufgehoben

Das Staatsministerium hat in seiner Sitzung vom 28. August beschlossen, die Badische Gesandtschaft bei Preußen mit Schluß des laufenden Rechnungsjahres aufzuheben.

Eröffnung

der Völkerbundsversammlung

Titulescu Präsident

Genf, 7. Sept. (Tel.) Schon lange vor dem auf 11 Uhr festgesetzten Beginn der Völkerbundsversammlung herrschte in den Wandelgängen des Versammlungsgebäudes das an solchen Tagen übliche lebhafteste Treiben. Auf der Straße hat sich eine starke, durch umfangreiche Ordnungsmassnahmen zurückgehaltene Menge angesammelt, die, da die Tribüne nur über eine ganz beschränkte Anzahl von Plätzen verfügt, wenigstens die Aufsicht der Delegierten erleben will.

Die Völkerbundsversammlung

Am 11. Sept. (Tel.) Schon lange vor dem auf 11 Uhr festgesetzten Beginn der Völkerbundsversammlung herrschte in den Wandelgängen des Versammlungsgebäudes das an solchen Tagen übliche lebhafteste Treiben. Auf der Straße hat sich eine starke, durch umfangreiche Ordnungsmassnahmen zurückgehaltene Menge angesammelt, die, da die Tribüne nur über eine ganz beschränkte Anzahl von Plätzen verfügt, wenigstens die Aufsicht der Delegierten erleben will. Bünzlich um 11 Uhr eröffnete der spanische Außenminister Ferrer vor vollbesetztem Saal die Versammlung. Von den 54 Staaten, die dem Völkerbund zurzeit angehören, sind in der 12. ordentlichen Tagung der Völkerbundsversammlung 52 Staaten vertreten. Argentinien und Honduras haben keine Vertreter entsandt. Vier Staaten sind durch ihre Ministerpräsidenten, 34 durch ihre Außenminister oder sonstige aktive Minister vertreten. England hat Lord Robert Cecil, Italien Grandi, Frankreich Briand, Japan den Vizepräsidenten, die übrigen Staaten lassen sich durch ihre europäischen Gesandten vertreten. Der Vertreter Österreichs ist Vizekanzler Dr. Schöber. Die deutschen Hauptdelegierten, Außenminister Dr. Curtius, Vizekanzler a. D. Graf Bernstorff und Ministerialdirektor Dr. Gaus, haben in der ersten Reihe der Delegationen vor dem Tisch des Präsidenten Platz genommen. Die Völkerbundsversammlung wählte den zweiten rumänischen Delegierten, den Gesandten in London, Titulescu, zum Präsidenten. Titulescu erhielt von den 49 abgegebenen Stimmen 25 Stimmen. Auf den ungarischen Delegierten, Graf Apponyi, entfielen 21 Stimmen. Titulescu war bekanntlich auch Präsident der 11. Völkerbundsversammlung.

Der französische Außenminister Briand ist Sonntag abend zur Teilnahme an den Arbeiten des Völkerbundes in Genf eingetroffen. In seiner Begleitung befanden sich u. a. der neue Unterstaatssekretär für die nationale Wirtschaft, Signour, und der Unterstaatssekretär im Kolonialministerium, Diagne.

Am Dienstag wird in der Völkerbundsversammlung die auf eine Woche berechnete Generaldiskussion beginnen, in der jede der etwa 50 Delegationen mindestens einmal, und zwar grundsätzlich nach der alphabetischen Reihenfolge ihres Vorkommens mit einer längeren programmatischen Erklärung über die Völkerbundspolitik zu Wort kommen wird. An die Generalausrede schließt sich dann die Aussprache über die in den Entschließungen vorbereitete werden, über die das Plenum, das am Schluß der Tagung wieder zusammentritt, zu befinden haben wird. — Man erwartet hier, daß die Völkerbundsversammlung ihr diesmal nicht besonders umfangreiches Programm um den 25. September herum erledigt haben wird.

Was die Wahl des Präsidenten betrifft, so wird in Kreisen des Völkerbundssekretariats von den drei Kandidaten — dem Grafen Apponyi, Titulescu und Politis — der Vertreter Rumaniens, der bereits im vorigen Jahre zur allgemeinen Zufriedenheit das schwierige Amt bekleidet hat, als der aussichtsreichste betrachtet. Man erklärt, daß durch diese Wahl der im vorigen Jahre von der Versammlung ausgesprochene Grundsatz der Wiederwählbarkeit eines Versammlungspräsidenten im Falle besonderer Eignung in die Praxis übergeführt werden soll und so der Präsidentenstuhl auch für die Zukunft etwaigen, nur auf nationalen Prestigebedürfnissen beruhenden Ansprüchen entzogen werden soll.

Eine der wichtigsten formalen Aufgaben der Völkerbundsversammlung wird wie alljährlich der Ersatz der drei turnusmäßig ausscheidenden Ratsmitglieder sein, der etwa Mitte dieses Monats erfolgen wird. Es handelt sich um Spanien, das auf Grund des im Jahre 1928 gefassten Beschlusses wieder gewählt werden dürfte, um Persien, an dessen Stelle wahrscheinlich China treten wird, und um Venezuela. Für Venezuela und Guatemala, das bekanntlich freiwillig aus dem Ratsausscheiden will, wird aller Voraussicht nach innerhalb der lateinamerikanischen Staatengruppen die Nachfolge geregelt werden.

Reichsaußenminister Dr. Curtius hatte im Laufe des Sonntags Unterredungen mit dem jugoslawischen Außenminister Marincowitsch, dem sowjetrussischen Volkskommissar Litwinow und dem chinesischen Delegationsführer Sze.

Das gespannte Verhältnis Danzig-Polen

Ein Bericht an den Völkerbund

Genf, 7. Sept. (Tel.) Der Vorkant des Berichts, den der Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig, Graf Grabina, auf Wunsch des Völkerbundsrats für dessen heutige Sitzung erstattet hat, ist gestern abend hier bekannt geworden. In einem einleitenden Schreiben führt der Oberkommissar u. a. aus, er freue sich zu können, daß u. a. die Besserung in den Danzig-polnischen Beziehungen angehalten hat. Leider hätten die persönlichen Beziehungen zwi-

Letzte Nachrichten

Die Reise des Staatssekretärs Bülow nach Genf

M. Berlin, 7. Sept. (Priv.-Tel.) Zu der Reise des Staatssekretärs Bülow nach Genf wird erklärt, daß er auf den ausdrücklichen Wunsch des Reichsaußenministers Dr. Curtius gefahren ist, um mit diesem gemeinsam in Genf die Vorbereitungen für den Besuch der französischen Minister in Berlin zu treffen.

Dank an den Haager Gerichtshof?

M. Berlin, 7. Sept. (Priv.-Tel.) In Genfer Völkerbunds-Kreisen scheint man sich um die Frage zu streiten, ob man dem Haager Gerichtshof den Dank für sein Gutachten abstatten soll. Es ist in diesem Augenblick noch ungewiß, ob diese Frage am Montagmorgen schon zur Entscheidung kommt.

Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beim Kanzler

M. Berlin, 7. Sept. (Priv.-Tel.) Die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion begeben sich heute mit dem Reichskanzler, um die bereits früher eingeleiteten Verhandlungen über Veränderungen der Notverordnungen und andere Fragen fortzusetzen. Heute nachmittag soll der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion zusammentreten. Am Dienstagvormittag findet eine Fraktionsitzung statt.

Selbstmord des Generals Grobmann

M. Berlin, 7. Sept. (Priv.-Tel.) Der General a. D. Heinrich Grobmann hat, wie die B. Z. meldet, Selbstmord verübt. Der General war Ende 1930 in Ostende von der belgischen Polizei unter der Beschuldigung verhaftet worden, zwei jungen Belgiern unerlaubte Anträge gemacht zu haben. Obwohl er seine Schuld bestritt, wurde er in Brügge zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, aber gegen Kaution wieder in Freiheit gesetzt. Nun hat er sich in Zürich erschossen. In einem Briefe an seinen Anwalt bekennt er nochmals, sich vergangen zu haben. General Grobmann, der im 65. Lebensjahre stand, war bei Ausbruch des Krieges Stabschef bei Madensen und hat den Feldzug im Osten mitgemacht.

Italienische Demonstrationen auf der Pariser Kolonialausstellung

M. Paris, 7. Sept. (Tel.) Wie der „Quotidien“ berichtet, kam es bei dem Besuch des italienischen Kolonialministers, General de Bono, im italienischen Pavillon der Kolonialausstellung in Paris zu einem Zwischenfall. Aus der Menge heraus, die der offiziellen Besichtigung beimohnte, ertönten plötzlich Drohungen in italienischer Sprache und drei Personen warfen eine ausgestellte Puppe um, die die Polizeiform der italienischen Miliz trug. Die Personen verbreiteten gleichzeitig Flugblätter, in denen Anschuldigungen gegen General de Bono zu lesen waren. Da unter dem Publikum eine Panik ausbrach, konnten die drei Personen unerkannt entkommen.

Kommunistische Ausschreitungen in Bulgarien

M. Sofia, 7. Sept. (Tel.) In drei bulgarischen Dörfern kam es am Sonntag zu wiederholten Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Polizei. Die Polizei wurde von Truppen unterstützt. Dabei gab es 3 Tote und 3 Verletzte. Die bulgarischen Kommunisten haben, wie berichtet wird, ihre Agitation zur Durchführung von Demonstrationen nunmehr von den Städten in die Dörfer verlegt.

Ein Handelsvertrag zwischen der Sowjetunion und Österreich. Wie dem B. Z. Vertreter von maßgebender österreichischer Seite mitgeteilt wird, hat die Sowjetunion auf dem Wege über die Gefandtschaft der Sowjetunion in Wien den Abschluß eines Handelsvertrages mit Österreich angeregt.

Der dem Danziger Senatspräsidenten und dem Vertreter der Republik Polen noch keine befriedigende Klärung erfahren. Aber es könne der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß diese Beziehungen in einer ruhigeren Atmosphäre beiderseits in einem verständlicheren Geist geführt werden können.

Die tatsächlichen Verhältnisse in Danzig erfahren eine besonders interessante Beleuchtung durch einen dem Bericht als Anlage beigegebenen Bericht der Regierung der Freien Stadt Danzig über die Entwicklung der Danzig-polnischen Beziehungen seit Ende Mai 1931. Die Danziger Regierung führt darin u. a. aus: Wenn in der Zusammenarbeit zwischen Danzig und Polen seit der letzten Ratssagung eine Stetigkeit noch nicht eingetreten ist, so liegt das daran, daß polnischerseits behauerlicherweise wieder das genügende Verständnis noch das genügende Entgegenkommen bewiesen worden ist, das für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten Voraussetzung ist. Eine ganz besonders schwere Belastung erfährt nach wie vor das Verhältnis zwischen Danzig und Polen durch die Schädigungen, welche die Freie Stadt auf wirtschaftlichem Gebiete durch Maßnahmen der polnischen Regierung erleidet. Eine grundlegende Besserung werde erst dann zu erreichen sein, wenn die polnische Regierung dauernd ihr Bestreben zeige, alles zu unterlassen, was die Danzig-polnischen Beziehungen stören könnte.

Meliorationen

Von Diplombölkswirt Dr. rer. pol. Karl Böhner, Karlsruhe

Der § 6 des Osthilfegesetzes vom 31. März 1931 (RGBl. I S. 117 ff.) ermächtigt den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, den Zinssatz von Darlehen für landwirtschaftliche Bodenverbesserungen bis auf 1 Prozent zu verbilligen; der § 8 verlängert die Rückzahlungsfristen früherer öffentlicher Darlehen für Meliorationszwecke um 10 Jahre; der § 24 bestimmt, daß in den Rechnungsjahren 1932 bis 1936 jährlich 50 Millionen Reichsmark zur Förderung des landwirtschaftlichen Siedlungswesens (womit vielfach Meliorationen verbunden sind) im Reichshaushalt bereitgestellt werden müssen und schließlich bringt das Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung vom 31. März 1931 (RGBl. I S. 123) weitere, das Siedlungswesen fördernde Bestimmungen. In der 2. Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni 1931 (RGBl. I S. 279 ff.), III. Teil, Kap. 1 Art. 1 Ziff. 21, wird dann ferner die Reichsanstalt ermächtigt, zwecks Beschäftigung arbeitsloser Mittel zur Förderung gemeinnütziger Arbeiten, darunter auch Bodenverbesserungen, einzusetzen.

Wenn es gelingt, die Mittel aufzubringen, die zur Bewirtlichung dieser teils direkten, teils indirekten Meliorationsabsichten erforderlich sind — was allerdings unter den jetzigen Verhältnissen kaum mit voller Sicherheit angenommen werden kann —, so wird man in nächster Zeit mit einer Neubelebung der in den letzten Jahren immer schwächer gewordenen und mancherorts fast ganz zum Stillstand gekommenen Meliorationsstätigkeit rechnen können. Es dürfte deshalb zeitgemäß sein, sich im wesentlichen die betriebs- und volkswirtschaftlichen Zusammenhänge vor Augen zu führen, die sich an die Meliorationen und an die öffentliche Subvention von Meliorationen anknüpfen.

Betriebswirtschaftlich gesprochen heißt meliorieren nichts anderes, als Kapital in den landwirtschaftlichen Grund und Boden stecken, um seinen Reinertrag zu steigern. In der Praxis wird der Zweck der Meliorationen sehr häufig in der quantitativen oder qualitativen Steigerung des Bodenertrags erblickt, eine Betrachtungsweise, die fehlerhaft ist, weil sie nur technisch aber nicht wirtschaftlich richtig ist. Ebensovienig wie der privatwirtschaftliche Zweck einer Maschinenfabrik darin besteht, Maschinen zu produzieren, sondern darin, Gewinn zu erzielen, ebensovienig darf der Zweck von Meliorationen nur in der Steigerung der Produktenergiebigkeit des Bodens erblickt werden. Man muß die moderne Landwirtschaft genau so als gewinnerstrebendes Unternehmen betrachten, wie es dem Handel und Gewerbe gegenüber von jeher selbstverständlich war. Daraus ergibt sich für die Meliorationen die Folgerung, daß die Aufwendung von Kapital zu Meliorationszwecken wirtschaftlich nur dann sinnvoll ist, wenn dadurch der Reinertrag in Geld, also der Überschuß des Geldertrags über den Geldaufwand gesteigert wird. Es ist selbstverständlich ein laieles, mit einer Melioration den Bodenertrag zu steigern, die Frage ist nur, ob sich der Meliorationsaufwand rentiert, d. h. eben, ob die Steigerung des Bodenertrags durch die Melioration hoch genug wird, um den gesamten Meliorationsaufwand zu decken und darüber hinaus noch eine größere Rente abzuwerfen als vor der Melioration.

Und hier ist der Punkt, an dem bei jeder geplanten Melioration die kritische Unternehmung einsehen muß. Man muß sich darüber klar sein, daß das Kapital, das in Meliorationsanlagen gesteckt wird, formlich mit dem Boden verwächst und nicht mehr herausgezogen werden kann. Wenn also das Kapital in eine schlecht oder gar nicht rentierende Melioration investiert wird, so liegt eine nicht mehr rückgängig zu machende Kapitalfehlleistung vor, die sowohl für den landwirtschaftlichen Betrieb, als auch für die ganze Volkswirtschaft höchst nachteilig ist, weil das fehlerhafteste Kapital an anderer Stelle, wo es besser rentiert hätte, fehlt. Kapitalfehlleistungen dieser und anderer Art sind in den vergangenen Jahren oft genug vorgekommen, und sie gehören auch mit zu den Gründen, auf die unsere heutige mifflische Wirtschaftslage zurückzuführen ist. Jedenfalls muß bei der heutigen gespannten Lage des Kapitalmarktes mit Investitionen äußerst vorsichtig zu Werk gegangen werden, und diese Vorsicht scheint für Meliorationen besonders geboten zu sein, weil hier erfahrungsgemäß zu wenig betriebswirtschaftlich, dafür um so mehr volkswirtschaftlich und politisch gedacht wird.

Die Kapitalanlage in Meliorationen kann sich in drei Formen vollziehen. Es kann so sein, daß der Meliorationssträger (entweder ein einzelner Grundbesitzer oder eine Meliorationsgenossenschaft) nur selbstbeschafftes Kapital verwendet, oder daß er zum Teil selbstbeschafftes Kapital, zum Teil öffentliche Hilfe in Anspruch nimmt, oder aber, daß er gar kein selbstbeschafftes Kapital verwendet, sondern nur mit öffentlichen Mitteln melioriert. Der letztere Fall wird sehr selten vorkommen, der erstere Fall häufiger, am meisten findet man aber den zweiten Fall. Hierbei ist es in der Regel so, daß der Staat durch seine finanzielle Beteiligung den Anstoß zu einer Meliorationsanlage gibt und den Meliorationssträger veranlaßt, nun auch seinerseits einen Teil der Kosten zu übernehmen. Die finanzielle Hilfe des Staates kann entgeltlich oder unentgeltlich sein; entgeltlich ist sie insoweit, als Darlehen zu den normalen Bedingungen des Kapitalmarktes gewährt werden, unentgeltliche Hilfe, d. h. Subvention, liegt vor, wenn der Staat verlorene Aufschüsse zu dem Meliorationsaufwand leistet, wenn er seine Organe (Kulturämter usw.) für die Planung und Ausführung von Meliorationsanlagen unentgeltlich zur Verfügung stellt, und ferner insoweit, als er Darlehen zu günstigeren Bedingungen als der freie Kapitalmarkt gewährt, also auf einen Teil seines Kapitalertrags Verzicht leistet. Wenn der Meliorationssträger nur selbstbeschafftes Kapital verwendet, so ist diese Kapital-

inbeterung wirtschaftlich nicht anders zu betrachten, wie jede andere Kapitalanlage, d. h. unter dem Gesichtspunkt der Rentabilität. Etwas komplizierter ist die Sachlage, wenn zur dem selbstbeschafften Kapital eine finanzielle Beteiligung des Staats hinzutritt oder wenn der Staat überhaupt alle Kosten übernimmt. Es liegen dann drei Möglichkeiten vor: es kann nämlich so sein, daß die Melioration sich unter allen Umständen zu rentieren verspricht, auch wenn keine öffentliche Subvention gewährt würde, oder die Rentabilität wird erst dadurch hervorgerufen, daß Subventionen bewilligt werden, oder aber die Rentabilität bleibt trotz der öffentlichen Subvention aus.

Welche dieser drei Möglichkeiten eintreten wird, läßt sich nur durch eine sorgfältige Vorkalkulation, also eine vorausgehende Rentabilitätschätzung, ermitteln. Je nachdem diese ausfällt, erfordert auch die Frage der öffentlichen Subvention eine andere Beurteilung. Ist die Rentabilität einer Melioration auch ohne öffentliche Subvention mit Sicherheit anzunehmen, so kann für den Staat eigentlich kein Grund vorliegen, subventionierend einzugreifen. In diesem Fall müßte das Ertragsstreben des Grundbesizers allein genügen, die Melioration zustande zu bringen. Will der Staat ein übriges tun, so kann er aufwärts wirken, also dem Grundbesizer die Vorteile einer Melioration vor Augen führen, ihm unter Umständen auch Darlehen bewilligen, wenn solche auf dem freien Kapitalmarkt nicht zu erhalten sind. Dabei dürften aber keine günstigeren Bedingungen gewährt werden, als sie auf dem freien Kapitalmarkt üblich sind, denn jede Begünstigung (z. B. lange Tilgungsfristen, ermäßigter Zins u. dgl.) stellt schon eine Subvention dar, die, wie gesagt, unnötig ist. Gewährt der Staat in solchen Fällen dennoch Subventionen, so vermindert er den Meliorationsaufwand des Grundbesizers und verschafft ihm dadurch eine noch größere Reinertragssteigerung, als er sie ohne Subvention schon erzielt.

Ebenso wenig kann im dritten Fall für den Staat ein Anlaß zur Subvention vorliegen, wenn trotz der Subvention noch keine Reinertragssteigerung eintreten verspricht, so wäre die Subvention, ebenso wie natürlich jeder Kapitalaufwand, eine Vergeudung.

Im zweiten Fall, wenn nämlich die Rentabilität einer Melioration erst durch den Eingriff der öffentlichen Subvention hervorgerufen wird, ist die Wirkung so, daß dem Grundbesizer mit Hilfe der öffentlichen Subvention zu einer Reinertragssteigerung verholfen wird, die ohne öffentliche Subvention nicht hätte eintreten können, weil der Grundbesizer einen zu hohen Meliorationsaufwand gehabt hätte. In diesem Fall, der in der Praxis recht häufig vorkommt, wird die Wirkung auf den meliorierenden Betrieb verschieden sein, je nachdem, ob es sich um eine der Abnutzung unterliegende und deshalb irgendwann erneuerungsbedürftige oder um eine Meliorationsanlage von dauerndem Bestand handelt. Bei einer Meliorationsanlage von dauerndem Bestand (z. B. einer Grabenentwässerung) bleibt die reinertragssteigernde Wirkung der öffentlichen Subvention dauernd bestehen, während sie bei einer erneuerungsbedürftigen Anlage (z. B. einer Röhrenbränung) mit dem Verbrauch der Anlage aufhört. Wird dann zu der Erneuerung wiederum öffentliche Subvention geleistet, so setzt die reinertragssteigernde Wirkung wieder ein; sind keine Subventionsmittel zu erlangen, so kann die Anlage nicht mehr erneuert werden, weil sie ja ohne Subvention nicht rentabel ist.

Subventionen sind für einen landwirtschaftlichen Betrieb jedenfalls immer Geschenke der Allgemeinheit. Hier erhebt sich nun die Frage, wodurch es gerechtfertigt ist, daß der Staat gerade für Meliorationen derartige Geschenke gibt und damit die Landwirtschaft besonders bevorzugt. Der Zweck kann natürlich nicht darin gesucht werden, dem meliorierenden Grundbesizer einen Betriebsgewinn zu verschaffen, andernfalls könnten ja Handel und Gewerbe ähnliche Subventionen mit gleichem Recht verlangen. Es müssen Gründe des öffentlichen Interesses sein, aus denen der Staat das Recht zur Subvention von Meliorationen herleitet. Und so ist es auch in der Tat. Gründe volkswirtschaftlicher, sozialpolitischer, wehrpolitischer und ähnlichen Charakters sind es, mit denen der Staat die Subvention von Meliorationen motiviert, also beispielsweise die Beschäftigungsmöglichkeit für Arbeitslose, die Verhinderung der Landflucht, die Verbesserung des inländischen Nahrungsmittelpfeiles, die Unabhängigkeit vom Import u. dgl. m. Damit werden also die Subventionen gewissermaßen Kapitalanlagen der Allgemeinheit im landwirtschaftlichen Einzelbetrieb, und die Allgemeinheit erwartet für sich aus dieser Kapitalanlage einen Gewinn, sei er nun wirtschaftlicher oder außerwirtschaftlicher Natur.

Die Frage ist nun, ob aus der öffentlichen Subvention einer Meliorationsanlage überhaupt Vorteile für die Allgemeinheit erwachsen und ob sie im richtigen Verhältnis zur Subvention stehen. Diese Frage muß in jedem Einzelfall geprüft werden. Ein Rechenchema läßt sich dafür allerdings nicht aufstellen, schon deshalb nicht, weil es sich bei den für die Allgemeinheit erwarteten Vorteilen vielfach um Imponderabilien handelt. Immerhin wird schon ein richtiges Augenmaß genügen, um zu beurteilen, ob die Vorteile der Allgemeinheit aus der Subvention einer Melioration in einem einigermaßen richtigen

Beginn der Raabe-Gedenkfeier. Die Gedenkfeier zum 100. Geburtstag Wilhelm Raabes, die in diesen Tagen in **Wolfsbüttel**, Braunshweig, Escherhausen, dem Geburtsort Raabes und in **Stadtfeld**, seiner Jugendheimat, vorgelesen sind, begannen in **Wolfsbüttel** mit der Eröffnung der Raabe-Ausstellung in der Herzog August-Bibliothek. — Die Ausstellung besteht hauptsächlich aus Raabe-Andenken, Raabe-Bildern, Erläuterungen seiner Werke, seltene Schriften über Raabe, Briefe und Erinnerungstafeln. Im Schloß fand die Tagung der Gesellschaft der Freunde Wilhelm Raabes statt. Der Vorsitzende, Professor Hans Martin Schulz sprach seine Freude darüber aus, daß die Spreetstraße in Berlin nunmehr wieder in „Spreetstraße“ umgetauft ist. — Abends fand im Reisingtheater eine Aufführung des Stückes „Die Gänse von Bülow“ statt, einer nach Wilhelm Raabes gleichnamiger humorvoller, historischer Erzählung bearbeiteten Kleinstadtkomödie.

Auf dem **Schlachtfeld von Breitenfeld** fand am Anlaß der 300. Wiederkehr der Schlacht von Breitenfeld, in der der Schwedenkönig **Gustav Adolf** den ersten großen Sieg über Tilly errang und damit den Protestantismus vor der Gegenreformation rettete, unter großer Beteiligung der kirchlichen, staatlichen und städtischen Behörden, des Schwedischen Vereins, der Militärvereine und der Innungen eine **Gedenkfeier** statt. Die schwedische und die finnische Armee hatten Deputationen entsandt. Gesandter aus Birken dankte im Namen der schwedischen Regierung und des schwedischen Volkes dem deutschen Volk dafür, daß es auch heute noch, nach 300 Jahren, dem schwedischen König huldt. Der Gesandte legte einen Kranz mit den schwedischen Farben am Gedenkstein nieder und schloß nach alter schwedischer Sitte mit einem vierfachen Hurra auf den Reichspräsidenten, auf Deutschland und das deutsche Volk. Das Deutschlandlied folgte.

Verhältnis zu den Opfern der Allgemeinheit stehen, und ob es nicht etwa andere Gelegenheiten für öffentliche Subventionen gibt, die für die Allgemeinheit einen größeren Nutzen abwerfen, als er aus der Subvention von Meliorationen entspringt.

Abschließend kann gesagt werden: Für die betriebswirtschaftliche Seite des Meliorationswesens gibt es nur ein sicheres Kriterium, nämlich eine möglichst genaue vorherige Rentabilitätschätzung nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. Hieran fehlt es noch sehr in Deutschland, insbesondere dann, wenn die Meliorationsprojekte von staatlichen Kulturämtern bearbeitet werden, die mitunter solche Projekte mehr aus Betätigungsdrang als unter der Perspektive betriebswirtschaftlicher Rentabilität aufgreifen. Wenn öffentliche Organe Meliorationsprojekte für private Grundbesitzer bearbeiten, müssen sie sich ganz betriebswirtschaftlich einstellen und jede Verquickung mit volkswirtschaftlichen, politischen u. dgl. Interessen vermeiden. Wo es sich aber darum handelt, die Berechtigung öffentlicher Subventionen zu prüfen, haben Rücksichten auf den Einzelbetrieb keinen Platz, hierfür muß der Vergleich der öffentlichen Vorteile mit den öffentlichen Opfern maßgebend sein. Nur ganz kühle Betrachtung, die frei ist von gewissen gefühlsmäßigen Verbundenheiten mit der Landwirtschaft, kann zu einer wirtschaftlich sinnvollen Behandlung von Meliorationsfragen führen.

Die Meuterei in Chile scheint niedergeschlagen

Die meuternde Besatzung der Flotte hat sich gewiebert, die Korpschläge, die ihr die Regierung unterbreitet hatte, anzunehmen. Die Regierung hat einen Funkspruch der Kommandanten an die meuternden Matrosen abgefangen, in dem die Meuterei aufgegeben werden, kein Abkommen zu unterzeichnen, bevor die kommunistischen Organisationen die Macht im Staate übernommen hätten. Nach einer Meldung der „Associated Press“ aus Santiago de Chile kam es am Samstag und Sonntag zwischen Regierungstruppen und Aufständischen in der Hafenstadt Talcahuano (Provinz Concepcion) zu blutigen Kämpfen. Die Zahl der Toten soll etwa 1000 (?) betragen. Kurz nach der Bekanntmachung, daß Bombenflugzeuge gegen die meuternden Flotte abgefliegen seien, ließ der stellvertretende Präsident Trecco durch das Kriegsministerium bekanntgeben, daß die Luftflotte und die Armee in gemeinsamer Aktion einige meuternde Landtruppen und Abteilungen der Küstenartillerie zur Übergabe gezwungen hätten. Die Regierungstruppen haben 1000 Gefangene gemacht. Die Verurteilung an Meutereileben werden 50 nicht überleben. Über ganz Chile ist für einen Monat der Belagerungszustand verhängt worden. Alle Marinestützpunkte befinden sich jetzt in den Händen der Regierung.

Kurze Nachrichten

Empfänge im Vatikan. In Vatikanstadt traf die erste Gruppe der belgischen Pilgerfahrt junger katholischer Arbeiter ein. Diese erste Gruppe umfasst 900 Flamen, die alle eine weiße Bluse von gleichem Stoff tragen. Am Abend traf die wallonische Gruppe in gleicher Stärke wie die flandrische ein. Insgesamt umfasst die belgische Pilgerfahrt 3000 Personen. Diese wurden am Samstag vom Papst empfangen. — Der Papst hat zwei japanische Flieger, welche von Tokio nach Rom geflogen sind, Kurimuri und Kumatake, empfangen. Die Flieger überreichten dem Papst ein Schreiben, das ihnen bei ihrem Start von den katholischen Studenten der Pesi-Universität in Tokio ausgehändigt worden war.

Die Streikruhren in Barcelona sind noch nicht beigelegt. Bei den Zusammenstößen in den letzten Tagen wurden 7 Personen getötet und 20 verletzt.

Aleine Chronik

Nach Funkspruch von Bord des „Graf Zeppelin“ befand sich das Luftschiff am Montag früh um 6.20 Uhr WZG, 90 Kilometer vor der französischen Küste, westlich von La Rochelle. Geduldige Radiolisten konnten am Montag früh kurz nach 4 Uhr eine Sensation am Südpol erleben: Es war gelungen, auf eine Entfernung von über 1000 Kilometer direkt mit dem „Graf Zeppelin“ in Telephonverehr, teilweise über den Sender Toulouse, zu treten. Die Sprechversuche sollten schon am Sonntagabend ab 22 Uhr durchgeführt werden, das Luftschiff konnte jedoch wegen der großen Entfernung zu dieser Zeit zu dem Sender Toulouse und wegen der verhältnismäßig geringen ihm zur Verfügung stehenden Sendeleistung noch nicht in Verbindung treten. Der Sprecher an Bord des „Graf Zeppelin“ war teilweise recht gut zu verstehen, teilweise hörten Telegraphisten das Zwigespräche. Die direkten Aufnahmeversuche wurden von der Aufnahmestelle bei Schloß Solitude durchgeführt. Nach einem Funkspruch von Bord des „Graf Zeppelin“, der um 7.30 Uhr die Ortschaft La Roche in der Vendée überflogen hat, wird das Luftschiff um 15 Uhr Montag nachmittags in Friedrichshafen eintreffen.

Bei der am Sonntag auf dem Sachsenring bei Dresden ausgetragenen **Motorradlüberfahrt** ereigneten sich zwei tödliche Unfälle. Bei dem Nennen der Seitenwagenklasse wurden zwei Beifahrer aus den Wagen geschleudert; sie erlitten Schädelverletzungen und waren sofort tot. Auch der bekannte Düßeldorfer Fahrer Kuerten kam infolge eines Gabelbruchs zu Fall und wurde schwer verletzt. — Bei dem in Mailand abgehaltenen großen internationalen Autorennen geriet ein Alfa-Romeo-Wagen aus der Bahn, rannte gegen die Brüstung und stürzte in die Zuschauermenge. Der Wagenführer blieb unverletzt; von den Zuschauern wurden zwei getötet und 14 verletzt.

Der unter dem dringenden Verdacht der vorsätzlichen Brandstiftung verhaftete, 70 Jahre alte Schriftsteller **Karl Strecker** in Berlin hat ein umfassendes Geständnis abgelegt. Er gibt zu, die Villa vorsätzlich in Brand gesetzt zu haben, um die Versicherungssumme in Höhe von 50 000 Reichsmark zu erhalten.

In Schleswig-Holstein, im Hannoverschen und in Mecklenburg haben sich während starker nächtlicher Gewitter eine große Zahl von Bränden durch Blitzschlag ereignet. Gleichzeitig wurden die Brandstiftungen, die seit Wochen die Landbevölkerung heimsuchen und zu Selbsthilfemaßnahmen geführt haben, fortgesetzt.

Nach Meldungen aus Peking soll eine Million Menschen am Südufer des Gelben Flusses in Nord-Sonan infolge der Überschwemmungen des Gelben Flusses ums Leben gekommen sein, wenn die Schätzung der Kuomin-Korrespondenzagentur zutrifft. Obwohl keine zuverlässigen Grundlagen für die Schätzung der Verluste an Menschenleben vorliegen, sind doch die augenblicklichen Überschwemmungen wohl die schlimmsten in der Geschichte Chinas, und die von der Agentur angeführten Ziffern liegen daher im Bereiche der Möglichkeit.

Sparmaßnahmen

In den kommenden Sparmaßnahmen der preussischen Regierung ist, wie in beteiligten Kreisen verlautet, vorgesehen, daß die bisherige Zahl der Unterrichtsstunden der Schüler um 2 vermindert werden. Dadurch werden annähernd 2000 Lehrkräfte frei. Außerdem soll die Pflichtstundenzahl der Lehrer von 25 auf 26 erhöht werden. Durch diese Maßnahme werden weitere 500, also im ganzen 2500 Lehrkräfte frei. Hieraus ergibt sich, daß nicht nur sämtliche Studienassessoren, sondern darüber hinaus über 1000 festangestellte Studienräte abgebaut werden. — Für Berlin würden sich diese angeführten Sparmaßnahmen etwa so auswirken, daß sämtliche 245 männliche und 95 weibliche Studienassessoren im Herbst abgebaut werden.

Der Senat der Stadt Bremen hat u. a. die Herabsetzung der Anzahl der Senatsmitglieder auf 9, Kürzung der Gehälter der Senatsmitglieder, Beamten und Angestellten um 10 bis 15 Prozent, Herabsetzung der Stundenlöhne der Staatsarbeiter und Kürzung des Regelsatzes für die Notstandsbeihilfe von 60 auf 40 Prozent beschlossen.

Die Sozialdemokraten gegen die „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“

Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Beschluß des Vorstandes der SPD, wonach die Zugehörigkeit zur „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ sowie jede Unterstützung dieser Organisation unvereinbar mit der Mitgliedschaft zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sei. Das Zentralorgan der SPD weist zur Erläuterung dieses Beschlusses darauf hin, daß der Vorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft, der frühere Sozialdemokrat Küster, jetzt Mitglied der SPD, bereits am 26. Juli d. J. in Hagen vor Mitgliedern der SPD die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ angeregt und durchgeführt habe. Am 7. August habe die Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik ein Rundschreiben ausgegeben, in welchem u. a. mitgeteilt wurde, daß Verhandlungen mit oppositionellen Gruppen aufgenommen werden sollen. Es handle sich demnach offensichtlich um eine gegen die SPD gerichtete Organisationsgründung.

Die Grüne Front beim Kanzler. Der Reichskanzler empfing in Gegenwart des Reichsernährungsministers und des Reichsministers Treuhaus die in der Grünen Front vereinigten Führer der Landwirtschaft aus allen Teilen des Reiches. Nachdem die anwesenden Herren die allgemeinen Sorgen und diejenigen ihrer besonderen Gebiete vorgetragen hatten, machte der Reichskanzler ausführliche Bemerkungen über die allgemeine Lage im Rahmen der welt- und volkswirtschaftlichen Krise und die sich hieraus ergebenden Politik, insbesondere auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Im Anschluß hieran nahmen die anwesenden Reichsminister zu den einzelnen, in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung.

Eine Gürtel-Büste ist in Anwesenheit des Reichsinnenministers, des bayerischen Ministerpräsidenten Held, des bayerischen Kultusministers und zahlreicher Vertreter der Behörden in der **Walhalla** feierlich enthüllt worden.

Badischer Teil

Die Beschwerde der Arbeiterzeitung verworfen

Das Reichsgericht hat die von der Arbeiterzeitung erhobene Beschwerde gegen das am 14. August erlassene 14tägige Verbot kostenfällig als unbegründet verworfen. In seiner Begründung hat das Reichsgericht die Gründe der Verbotserfügung des Badischen Innenministers gebilligt und ist diesen in allen Punkten beigetreten.

Zu der Frage der Naturalversorgung für Unterführungsempfänger

Von der Badischen Landwirtschaftskammer wird uns geschrieben: Im Hinblick auf die zunehmende Zahl der Erwerbslosen und den bevorstehenden Winter sind in den letzten Wochen in den verschiedensten Kreisen Pläne erörtert worden über die Versorgung der bedürftigen Bevölkerungskreise mit Lebensmitteln und anderen Naturalien. Es ist dabei stets zum Ausdruck gekommen, daß die Durchführung solcher Pläne sich äußerst schwierig gestaltet. Voraussetzung für die Durchführbarkeit einer Aktion ist, daß dieselbe einmal einfach und übersichtlich ist und daß sie ferner den Bedürftigen tatsächlich Vorteile bringt, ohne die öffentlichen Haushalte nennenswert zu belasten.

Unter diesen Bedingungen würde sich die Naturalversorgungsmassnahmen auf einige wenige Produkte beschränken müssen. Ohne weiteres möglich wäre die Versorgung mit **Kartoffeln**. Hier würde es sich praktisch nur darum handeln, bedürftigen Bevölkerungskreisen die Möglichkeit zu geben, im kommenden Herbst ihren gesamten Bedarf an Kartoffeln für die Winter- und Frühjahrsmonate auf einmal zu decken. Die Kartoffeln könnten dadurch zu einem Preise bezogen werden, der etwa 40 Prozent des Kleinverkaufspreises beträgt. Andererseits wäre diese Maßnahme zweifellos auch geeignet, die **Verwertung der Kartoffelernte** zu fördern. Diese beiden Vorteile sind volkswirtschaftlich von so großer Bedeutung, daß man die Kartoffelversorgung unter allen Umständen in Angriff nehmen sollte.

In ähnlicher Weise wie die Kartoffelversorgung könnte auch die Versorgung mit **Kohlen** durchgeführt werden. Auch hier würde die Möglichkeit des Einkaufs im Großen für die bedürftige Bevölkerung ganz wesentliche Ersparnisse bringen. Nicht so einfach wie die Kartoffel- und Kohlenversorgung aber immerhin möglich, wäre die Abgabe von **verbilligtem Fleisch** und **Butter**. Pläne über die Art der Durchführung sind auch hierfür bereits ausgearbeitet.

Allgemeine Bodenseeaussstellung

Am Samstag wurde in Konstanz die allgemeine Bodenseeaussstellung für Heimkultur und Sparwirtschaft mit einem kurzen Festakt eröffnet. Die Ausstellung, die von etwa 200 Ausstellern besteht, gliedert sich in vier Abteilungen. Der obere Konzilsaal beherbergt das Handwerk und den mehr allgemeinen Teil, die Hochkunstsaal im unteren Saal zeigt den hohen Stand dieses Gewerbes. Von der Fruchtbarkeit und der Intensität der heimischen Land- und Gartenwirtschaft spricht der landwirtschaftliche Teil der Ausstellung, zugleich auch starkes wachsendes Moment für die Früchte des deutschen Bodens. Garten- und Weinbau des Seerheimes treten dabei besonders stark hervor. Schließlich sei noch die Verkehrsverbesserung erwähnt. Die in allen Teilen gebogene Ausstellung befundet den besten Lebenswillen eines fleißigen und treibenden Volkes, das sich durch keine Not der Zeit unterliegen lassen will.

Hauptversammlung des Badischen Sängerbundes

Der Badische Sängerbund, der zurzeit 1075 Vereine mit über 42.000 Mitgliedern zählt, hielt seine diesjährige Hauptversammlung am Sonntag in dem bekannten Weinort Endingen a. N. ab. Das Städtchen war zum Empfang der viel hundert Gäste reich mit Fahnen, Girlanden, Kränzen und Symbolen des Gesanges geschmückt. Die Tagung, der am Samstagabend ein starkbesuchtes Bankett vorausging, stand unter der Leitung des Präsidenten Dr. Meiser, Freiburg und war von 310 stimmberechtigten Vereinsvertretern besucht. Die Rechenschaftsberichte für 1929 und 1930 wurden gutgeheißen und dem Buchrechner Maier, Offenburg, nach längerer Debatte Entlastung erteilt. Einstimmig wurde sodann beschlossen, bei Auflösung des Badischen Sängerbundes das Vermögen des Verbandes wohlthätigen und gemeinnützigen Zwecken zu überweisen. In den neu errichteten Prüfungsausschuss wurden die Herren Horn, Karlsruhe, Red, Mannheim und Schmitt, Kehl, gewählt. Die Einnahmen des Bundes im Jahr 1930 stellten sich auf 92.150 M., die Ausgaben auf 91.125 M. Von den Mitgliederbeiträgen für das Jahr 1930 fielen noch 18.500 M. aus, die Vereinsrechner wurden ermahnt, für besseren Eingang der Beiträge zu sorgen. Das Sängerfest in Freiburg im Jahre 1929 erforderte aus dem angammelten Festfonds einen Zuschuß von 29.900 M., der aber nicht über den üblichen Rahmen hinausreichte. Als Ort der nächsten Hauptversammlung wurde Bühl ausersehen. Der Antrag des Hauptauschusses den Bundesbeitrag von 40 auf 30 Pf. herabzusetzen, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die „Konkordia“, Karlsruhe, hatte den Antrag gestellt, einen bescheidenen Geschäftsführer anzustellen. Der Antrag wurde aber zurückgezogen, da eine Neuorganisation der Geschäftsstelle schon in Vorbereitung ist.

Nachmittags um 5 Uhr fand auf dem Festplatz in Endingen eine Kundgebung für das Deutsche Lied statt, der neben den Sängerscharen wohl ganz Endingen beimohnte. Schuldirektor Dr. Münch, Bruchsal, hielt die tiefempfundene Festrede, die von Niederborträgen umrahmt war.

Gemeinderundschau

Im Bürgerausschuß Wertheim wurde die Einführung der Grundsteuer und die Festsetzung der Aufwandsentschädigung für die Gemeinderäte angenommen. Zum Vorschlag stellten die Nationalsozialisten folgende Anträge: 1. Die Besetzung des Bürgermeisters ist, abgesehen von den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen um weitere 30 Prozent des Grundgebhalts zu kürzen, 2. sämtliche im Vorschlag aufgeführten sachlichen und persönlichen Aufwendungen sind, soweit sie nicht auf bindenden vertraglichen Abmachungen beruhen, durchgängig um 20 Prozent zu kürzen. Der Vorsitzende wies auf Grund der Gemeindevorordnung die Beratung der Anträge zurück, worauf die Nationalsozialisten geschlossen den Sitzungssaal verließen. Der Bürgerausschuß war damit beschlußfähig.

Am den Badenweiler Bürgermeisterposten haben sich bis jetzt 79 Kandidaten beworben. Darunter befinden sich: Ein Reichstagsabgeordneter, drei Bürgermeister badischer Gemeinden, ein Bürgermeister aus Norddeutschland, sowie eine große Anzahl von Rechtsanwälten, Amtsrichtern, Gerichtsassessoren, Gerichtsreferendaren und Volkswirten.

Aus der Landeshauptstadt Die Ermordung des E.-M. Mannes Billet vor dem Schwurgericht

Vor dem Schwurgericht Karlsruhe, unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Engelhardt, begann am Montagvormittag der Prozeß gegen mehrere Mitglieder der Kommunistischen Partei, die am Freitagmorgens während eines nationalsozialistischen Umzugs den bekannten Überfall auf den SA-Mann Billet aus Lahr ausgeführt hatten, der den Tod des Billet zur Folge hatte. Die Anklage, die von Staatsanwalt Dr. Eichenauer vertreten wird, lautet auf Körperverletzung mit Todesfolge.

Angeklagt sind der 26 Jahre alte Schuhmacher Albert Haas aus Karlsruhe, der 23jährige Gärtner Adolf Ender aus Gagfeld, der 23jährige Georg Ertze aus Jahnhausen, der 39 Jahre alte Steinbauer Theodor Schmalbach aus Balg, und der 23jährige Schriftsetzer Friedrich Diez aus Mannheim. Sämtliche Angeklagte sind eingeschriebene Mitglieder der Kommunistischen Partei. Zu der auf drei Tage berechneten Verhandlung sind nicht weniger als 53 Zeugen geladen, in der Hauptsache Mitglieder der NSDAP. Die Anklagebank ist fast vollständig besetzt.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses wird zunächst der Angeklagte Haas vernommen. Er will nur ganz zufällig zu dem nationalsozialistischen Propagandazug gekommen sein, sei im allgemeinen Gedränge vorgefallen und habe einem der letzten Motorradfahrer mit der rechten Hand eine Ohrfeige hingehauen. Dann habe er sich um nichts mehr gekümmert. Der nächste Angeklagte, der Schriftsetzer Diez, suchte das Gericht davon zu überzeugen, daß er mit der Sache überhaupt nichts zu tun habe. Er sei zwar im Moment der Tat in der Nähe gewesen, habe auch den Billet stürzen sehen, sei dann aber wieder abgedrängt worden. An einer vorausgehenden kommunistischen Besprechung habe er nicht teilgenommen und, wie der Angeklagte Schmalbach, von einer solchen überhaupt nichts gewußt.

Der dann vernommene Angeklagte Ender, der durch Aussagen von Augenzeugen sehr stark belastet ist, schließt sich der Taktik der anderen Angeklagten an und gibt ebenfalls an, von nichts zu wissen. Man habe ihm seinen Stod weggerissen, mit dem Haas auf den Billet draufgeschlagen haben soll. Nach dem Vorkommis sei er nach dem Wendelsohn-Platz gegangen, wo er verhaftet wurde. Seinen Stod will er der Hitze wegen vorher bei einem Bekannten in der Kaiserstraße abgegeben haben.

Der Hauptangeklagte Haas widerruft alle ihn belastenden Aussagen, die er vor dem Untersuchungsrichter gemacht hatte. Er habe damals zu allem Ja und Amen gesagt. Einer der letzten Motorradfahrer habe ihn angefahren, worauf er mit Linders Stod diesem Motorradfahrer einen Stod ins Gesicht verkehrt habe. Dann habe er den Stod weggeworfen.

Betrunkener Kraftfahrer. Der Führer eines Lastkraftwagens mit Anhänger fuhr in stark angekränktem Zustand aus Richtung Durlach durch die Kaiserstraße. Die Polizei versuchte am Durlacher Tor und an der Kronenstrasse, ihn zum Anhalten zu zwingen. Er fuhr trotz der Sperrzeichen mit Vollgas weiter, so daß der Beamte sich nur durch schnelles Ausweichen vor dem überfahrenwerden retten konnte. Erst an der Hauptpost gelang es mehreren Polizeibeamten, den Wagen zum Stehen zu bringen. Auf der Fahrt durch die Kaiserstraße fuhr der betrunkenen Fahrer einen Personenzug an, wodurch ein Sachschaden von etwa 400 RM. entstand. Auch die beiden Autofahrer waren ebenfalls betrunken. Bei

der Festnahme leistete der robuste Fahrer erheblichen Widerstand und beleidigte die Beamten. Das Verfahren auf Entziehung des Führerscheins ist eingeleitet.

Badisches Landestheater. Am Mittwoch, den 9. September, wird zur Eröffnung der neuen Spielzeit des Landestheaters, wie angekündigt, Goethes Schauspiel „Götz von Berlichingen mit der eisernen Hand“, von Felix Baumgardt neu inszeniert und in fast allen Hauptrollen neu besetzt nach siebenjähriger Pause wieder in Szene gehen. Die Aufführung ist zugleich die erste der im Laufe der Spielzeit folgenden Neueinstudierungen von Goethe-Dramen, die zum Gedenken an des größten deutschen Dichters Todestag geplant sind, der sich im März nächsten Jahres zum hundertsten Male jährt. — Die Opernspielzeit wird am folgenden Tage, Donnerstag, den 10. September, mit einer Neueinstudierung von Mozarts „Entführung aus dem Serail“ von Viktor Pruscha inszeniert und unter musikalischer Leitung von Rudolf Schwarz, eingeleitet. — Als weitere Vorstellungen der Woche folgen Wiederholungen des Schwanenles „Schwengel“ von Fritz Peter Buch am Freitag, den 11., von Lorkings Oper „Ardine“ am Samstag den 12., und des musikalischen Dramas „Salome“ von Richard Strauß. Am Donnerstag, den 17. September, wird derselben Komponisten Oper „Die Frau ohne Schatten“ als erste Opernaufführung der neuen Spielzeit unter musikalischer Leitung von Josef Krejs in Szene gehen.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe von heute morgen. Mit dem weiteren Abzug des kalten Tiefes nach Nordosten hat sich bei uns unter dem Einfluß des dem Tief folgenden hohen Druckes Besserung des Wetters durchgesetzt, die auch morgen anhalten wird. Voraussage: Belsch heiter und vorwiegend trocken bei schwacher Luftbewegung. Örtliche Frühnebel, tagsüber warm.

Wasserkünder: Waldshut 388 plus 14, Pail 211 plus 10, Schürstiel 290 plus 17, Kehl 430 plus 25, Ragau 654 plus 34, Mannheim 565 plus 88, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Schwere politische Ausschreitungen in St. Georgen

St. Georgen i. Schw., 6. Sept. In einer am Samstagabend im „Deutschen Haus“ abgehaltenen nationalsozialistischen Versammlung kam es während der Rede des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Rechtsanwalt Rupp, Karlsruhe, zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Anhängern der SPD., als der Saalbesitzer einen Zwischenrufer, den 30 Jahre alten Former Ludwig Müller, aus dem Saal entfernen wollte. Trotz sofortigen Eingreifens der Polizei und Gendarmerie entstand ein großer Tumult, in dem Stühle, Bierflaschen usw. als Wurfgeschosse und Hiebwerkzeuge benutzt wurden. Der Former Ludwig Müller wurde hierbei lebensgefährlich verletzt. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. 20 weitere Personen erlitten leichtere Verletzungen. Zwei mußten das Krankenhaus aufsuchen.

Zu den Vorgängen wird noch folgendes mitgeteilt: Während der Rede des Reichstagsabgeordneten Rupp soll, was durch die Untersuchung noch wird festgestellt werden müssen, der Former Ludwig Müller gerufen haben: Hitler, verreck! Darauf soll Abg. Rupp geantwortet haben: Naus mit dem Kerl! Als der Saalbesitzer sich anschickte, diesen Zwischenrufer zu entfernen, entstand eine große Schlägerei, von deren Beginn sogar die anwesenden Polizei- und Gendarmeriebeamten übertrachtet worden sein sollen. Im ganzen wurden 30 Stühle, 8 Fensterhebeln, sowie mehrere Körbe mit Flaschen und Gläsern zertrümmert.

Brände in Baden

Am Samstag wurde das Sägewerk Gutmann in Ebnet ein Opfer der Flammen. Verbrannt sind bei Gutmann sämtliche Maschinen und große Vorräte. Der Gebäudeschaden wird auf 13.000 RM. der übrige Schaden auf 25.000 RM. geschätzt. — Ein sehr gefährlicher Brand brach Samstag vormittag in dem Anwesen des Paul Dold in Billingen aus, der auch das Nachbarhaus des Pfälzermeisters Glas erfasste. Die großen Heu- und Futtervorräte gewährten dem Feuer reiche Nahrung. In der eng zusammengebauten Gasse war bei dem herrschenden Sturm das Feuer eine ungeheure Gefahr für die übrigen Nachbarhäuser. Ein drittes Haus konnte nur mit großer Mühe und Not gerettet werden. — Der vor einiger Zeit wegen Brandstiftung bei seinem Bruder in Gelingen im Lörrach verhaftete und dann in die Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen eingelieferte Emil Kunze, ist vor kurzem aus der Anstalt entwichen. Während der Flucht auf dem Felde war, drang er in dessen Haus ein, entwendete 100 RM. und einen Revolver mit 16 Schuß. Darauf stieg er das Schlafzimmer in Brand und verschwand. Er hinterließ einen Drohbrief, worin er schrieb, daß er sich freue, seine Rache endlich ausgeführt zu haben, und daß er wiedererkommen werde. Der Brand in dem Schlafzimmer wurde von zufällig vorüberkommenden Leuten entdeckt und konnte bald gelöscht werden. Zwei Zimmer sind allerdings vollständig ausgebrannt. Die Suche nach dem geistig gestörten und gefährlichen Menschen hat noch zu keinem Ergebnis geführt. — In Sauborf (bei Stodach) brannte das große Wohn- und Ökonomiegebäude des Landwirts Werner Schmied bis auf den Grund nieder. Durch den Sturm war etwa die Hälfte des Daches in sehr große Gefährdung gekommen. Der Schaden ist bedeutend, da die ganzen Erntevorräte vernichtet sind. Die Entstehungsurache ist noch unbekannt, doch vermutet man Selbstentzündung des Schindvorrats.

St. Mannheim, 6. Sept. Die in den kritischen Tagen der Bank- und Finanzkrise im Juli betätigten Angstkäufe finden jetzt Nachspiele vor den Amts- und Gemeindegereichten. Bekanntlich fürchteten viele Leute die Geldinstitute, vor allem die Sparkassen, um ihre Einlagen abzugeben. Mit geringen Anzahlungen, teilweise aber auch unter Herabgabe ihrer Sparlassenbücher (weil sie kein bares Geld mehr erhielten) betätigten sie hauptsächlich bei Wiedelgeschäften größere Lieferungsverträge. Als die Angstkäufer dann sahen, daß die Geldinstitute solbent und unsere Währung stabil blieben, glaubten sie sich von den eingegangenen Lieferungsverträgen durch allerlei Einwendungen entbinden lassen zu können. Bei jeder Anstiftung der Amts- und Gemeindegereichte stehen jetzt Dutzende von Füllen, auf Rückgängigmachung der Lieferungsverträge bzw. ihrer Erfüllung, sowie auf Schadenersatz zur Verhandlung. Selbstverständlich sind die Angstkäufer an ihre Verträge gebunden und sie haben außer der Erfüllung bzw. Schadenersatzleistung noch die nicht unbeträchtlichen Kosten zu tragen.

St. Lörrach, 7. Sept. Am Freitag gelang es den Zollbehörden wiederum zwei Personen abzufassen, die mit umfangreichen Zuckerschmuggelleien beschäftigt waren. Die Verhafteten wurden nach Lörrach gebracht. Die Untersuchung ist noch im Gange. Soweit sich jetzt übersehen läßt, dürften die Schmuggelleien an Umfang demjenigen des kürzlich zur Aburteilung gelangten Eringer nicht nachstehen. Es scheinen wieder zahlreiche Beteiligte in die Angelegenheit verwickelt zu sein.

St. Engen, 5. Sept. In der Morbaffäre Prodhap-Gintchingen ist bisher noch keine Verhaftung erfolgt. Wichtig ist, daß von der Untersuchungsbehörde eine bestimmte Spur verfolgt wird. Doch kann im Interesse der Untersuchung darüber eine nähere Mitteilung nicht gemacht werden.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank
(Anteil)

	7. September		4. September	
	Geld	Preis	Geld	Preis
Amsterdam 100 G.	—	—	169.63	169.97
Kopenhagen 100 Kr.	112.54	112.74	112.52	112.74
Italien 100 L.	—	—	—	—
London 1 Pf.	20.455	20.495	20.456	20.496
New-York 1 D.	—	—	—	—
Paris 100 Fr.	—	—	—	—
Schweiz 100 Fr.	—	—	82.04	82.20
Wien 100 Schilling	59.14	59.26	—	—
Prag 100 Kr.	—	—	—	—

Wertpapierhandel an der Börse. Nach der an der Wertpapierbörse eingetretenen Beruhigung ist in der Öffentlichkeit der Wunsch ausgesprochen worden, den Wertpapierhandel an der Börse freier zu gestalten. Der Börsenvorstand hält einen solchen Wunsch zur Zeit noch nicht für angängig. Falls die Börsen am Montag und Dienstag normal verlaufen, ist jedoch noch für die nächste Woche eine Lockerung der Notierungsform oder der Art des Handels zu erwarten. Der Wertpapierhandel außerhalb der Börse unterliegt fortan keinen Beschränkungen, hingegen besteht das Verbot der Veröffentlichung anderer als der amtlich festgestellten Kurse nach der Notierungsform noch weiter am.

Die Indizes der Großhandelspreise. Die vom Statistischen Reichsamt für den 2. September berechnete Indizes der Großhandelspreise ist mit 109,4, gegenüber der Vorwoche um 0,5 v. H. gestiegen. Die Indizes der Hauptgruppen lauten: Agrarstoffe 102,1 (minus 1,4 v. H.), Kolonialwaren 94,1 (minus 0,5 v. H.), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 100,9 (minus 0,2 v. H.) und industrielle Fertigwaren 135,2 (minus 0,1 v. H.). Für den Monatsdurchschnitt August lautet die Gesamtindexziffer 110,2 (gegenüber dem Vormonat minus 1,3 v. H.). Indizes der Hauptgruppen: Agrarstoffe 103,4 (minus 1,9 v. H.), Kolonialwaren 95,8 (minus 1,1 v. H.), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 101,5 (minus 1,6 v. H.), industrielle Fertigwaren 135,8 (minus 0,4 v. H.).

St. Rastatt, 6. Sept. In Rastatt hat sich der Bankier Emil Bad, Inhaber des gleichnamigen Bankhauses, das in Zahlungsschwierigkeiten geraten ist, in der Nacht zum Samstag in seiner Wohnung erschossen. Der Witthaber Ludwig Bad hat sich seit einigen Tagen von seiner Wohnung entfernt. Über sein Verbleiben ist noch nichts bekannt geworden. Ob Unregelmäßigkeiten im Betriebe vorliegen, ist noch nicht geklärt.

Keine Fusion Dresdner Bank-Commerz- & Privatbank. Die immer wieder auftauchenden Gerüchte über eine angebliebene Fusion zwischen der Dresdner Bank und der Commerz- & Privatbank sind, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, als absolut gegenstandslos anzusehen.

Verkaufspann an New-Yorker Effektenmarkt. Am Effektenmarkt war eine eigentliche Verkaufspann zu verzeichnen. Es wurden im Verlaufe der Börse, der als einer der bewegtesten der letzten Wochen angesehen wird, mehr als zwei Millionen Aktien gehandelt. Auf Werten wie Steel Corporation und den hauptsächlichsten Eisenbahnen wurden Rückgänge von 10 bis 9 Punkten verzeichnet. Die Baize an der Berliner Börse, der allgemeine Effektenpretssturz und die Einstellung von Dividendenzahlungen haben den Markt, vereint mit dem Mangel an Hoffnung auf eine Wiederbelebung der Geschäfte, in diese Panik gestürzt.

Staatsanzeiger Personeller Teil

Ernennungen, Veretzungen, Zurrücksetzungen usw.
der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Staatsministeriums:

Entlassen auf Ansuchen:
Gesandter Franz Konold in Berlin auf 1. Oktober 1931.

Ministerium des Kultus und Unterrichts:

Berlin:

Privatdozent Dr. Karl Gottfried an der Universität Heidelberg die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität.

Planmäßig ange stellt:

Der außerplanmäßige Technische Assistent Viktor Stoll an der Universität Heidelberg.

Gestorben:

Hauptlehrer Franz Anglinger in Waldkirch, am 2. September 1931.

Badisches Landestheater

Im Landestheater in Karlsruhe:

Spielplan vom 9. bis 16. September 1931.

Mittwoch, 9. Sept. * A 1 (Mittwochmiete). Th.-Gem. 1 bis 100. Neu einstudiert: Götz von Berlichingen. Von Goethe. 19 bis nach 22 (3.50).
Donnerstag, 10. Sept. * D 1 (Donnerstagmiete). Th.-Gem. 1. S.-Gr. Neu einstudiert: Die Entführung aus dem Serail. Komische Oper von Mozart. 20 bis gegen 22.30 (4.90).
Freitag, 11. Sept. * F 1 (Freitagmiete). Th.-Gem. 101 bis 200. Schwengels. Schwan von Fritz Peter Buch. 20 bis nach 22 (3.50).
Samstag, 12. Sept. * B 1. Th.-Gem. 201—300. Undine. Romantische Fauboper von Lorking. 20—22.45 (5.70).
Sonntag, 13. Sept. * C 1. Th.-Gem. 11. S.-Gr. Salome. Von Richard Strauß. 20—21.30 (6.30).
Montag, 14. Sept. Keine Vorstellung.
Dienstag, 15. Sept. * G 1. Th.-Gem. 301—400. Götz von Berlichingen. Von Goethe. 19.30 bis nach 22.30 (3.50).
Mittwoch, 16. Sept. Volkstheater: Septembervorstellung. Julius Caesar. Von Shakespeare. 19.30—22.30.
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf frei gehalten.

Im Städtischen Konzerthaus:

Sonntag, 13. Sept. * Ständchen bei Nacht. Lustspiel von Lenz. 20—22 (2.50).

